

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Mara Kleine

Titel: Gasbohrungen vor Borkum verhindern - NRW muss Verantwortung übernehmen!

Antragstext

1 Vor Borkum, nur 200m entfernt vom Weltnaturerbe Wattenmeer, bohrt der
2 niederländische Konzern One Dya in der Nordsee nach dreckigem Erdgas. Das
3 Gasfeld befindet sich je zur Hälfte unter der niederländischen und der deutschen
4 Nordsee.

5 Die Gasbohrungen vor Borkum sind katastrophal für das Wattenmeer, die
6 Meerestiere, Borkum, die Energiewende und unser Klima.

7 Gas ist eine fossile Sackgasse und ein absoluter Klimakiller - fossiles Gas
8 besteht hauptsächlich aus Methan, einem Treibhausgas, das in einem Zeitraum von
9 20 Jahren [84-mal stärker wirkt als CO2](#).

10 Weniger als 1% des Gasverbrauches in Deutschland würden mit diesen Gasbohrungen
11 abgedeckt werden: Für die Versorgungssicherheit ist dieses Gas also vollkommen
12 unbedeutend.

13 Gleichzeitig haben die Gasbohrungen massive Auswirkungen auf das maritime
14 Ökosystem: Schwermetalle und toxische Stoffen werden ins Meer geleitet, der
15 Meeresboden könnte sich um mehrere Zentimeter absenken und schadet den Riffen
16 und der Unterwasserlärm beeinträchtigt Tiere und kann zu anhaltenden, starken
17 Belastungen & körperliche Schäden und sogar zum Tod führen.

18 Außerdem bergen die Gasbohrungen, durch das Absenken des Meeresbodens, die
19 Gefahr von Erdbeben und diese könnten auch Auswirkungen auf die Trinkwasserblase

von Borkum haben und schaden dem Tourismus.

Klar ist: Es darf keine weiteren Gasbohrungen mehr geben - vor Borkum und nirgendwo! Die Zukunft ist erneuerbar. Lasst uns die Klimakrise nicht weiterhin zum eskalieren bringen, sondern uns für intakte Lebensgrundlagen und eine bezahlbare und sozial gerechte Energieversorgung für alle einsetzen.

Deshalb hat die Grüne Jugend diesen Sommer zusammen mit Fridays for Future, Umweltverbänden und vielen Grünen auf Borkum gegen diese Gasbohrungen demonstriert und jetzt gibt es die einmalige Chance, die Gasbohrungen vor Borkum im Bundesrat zu stoppen: Das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, was die völkerrechtliche Grundlage für die grenzüberschreitende Förderung darstellt, ist ein Vertragsgesetz und braucht deshalb die Zustimmung vom Bundesrat und vom Bundestag (siehe dazu Art. 56 Abs. 2 S. 1 GG i.V.m. Art. 84 Abs. 1 S. 5 und 6 GG).

Die Landesregierungen mit grüner oder linker Beteiligung haben die absolute Mehrheit im Bundesrat und damit die Möglichkeit, zusammen die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern.

Nordrhein-Westfalen hat deshalb die einmalige Chance die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern und sich gegen das fossile Rollback der Bundesregierung zu stellen. Nur wenn alle Bundesländer mitziehen, können die Gasbohrungen gestoppt werden!

Wir, als Grüne Jugend NRW stehen klar an der Seite von Umweltverbänden und der Klimabewegung und fordern die Bundesratsmitglieder von Bündnis 90 die Grünen, vor allem die Bundesratsmitglieder aus NRW, dazu auf gegen das Unitarisierungsabkommen im Bundesrat zu stimmen oder sich zu enthalten und damit die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern.